



**Dagmar
Enkelmann**



Diana Golze



**Kirsten
Tackmann**



Lothar Bisky



**Wolfgang
Neskovic**

Eine andere Welt ist möglich!
Von Kirsten Tackmann

Auf dem exklusiven und abgeschotteten Gipfeltreffen am 2.Juni 2007 in Heiligendamm, wird mit einem breiten Protest von Menschen und Initiativen, die sich für eine andere, bessere Welt einsetzen, begleitet. Die Regierungschefs der G8-Staaten treffen sich dort, um Strategiepapiere zu verabschieden, die auf informelle Gedankenaustausche setzt. Das führt dazu, dass es keine Transparenz und keine demokratische Kontrolle der Treffen gibt. Hier kommt eine weltfremde Elite zusammen, die Entscheidungen trifft, die einen großen Teil der Welt beeinflussen. Im Vorfeld dieses Gipfeltreffens wurde und wird durch die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden Hysterie verbreitet. Die bundesweiten Hausdurchsuchungen bei Initiativen und Einzelpersonen sind der Versuch, die Protestszene zu kriminalisieren. Mit weit reichenden Einschränkungen der Demonstrationen wird versucht, potentielle Demonstrantinnen und Demonstranten einzuschüchtern oder unter den Generalverdacht des Terrorismus zu stellen.

Die befürchteten Konfrontationen und Auseinandersetzungen sind scheinheilige Argumente. Mit dieser Handlungslogik wird versucht, die Protestaktionen anlässlich des G8 Gipfels durch militärische und polizeiliche Aktionen zu verhindern. Aber das Recht auf friedlichen Protest ist ein wichtiges Freiheitsgut in einer lebendigen Demokratie, das gerade wir Linken verteidigen müssen! Alle Be- oder Verhinderungsversuche werden nicht dazu führen, dass der Widerstand gegen die G8- eine Institution ohne eigene Legitimation- verhallen wird. Im Gegenteil. Sie werden vielmehr dafür sorgen, dass der Kampf weiter geht! Denn die von der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Eine andere Welt ist möglich!

Mitfahrgelegenheiten Brandenburg:

Über den Kreisvorstand Linkspartei.PDS Barnim über Sebastian Walter 0170-8743502, E-Mail: sebastian_walter[a]web.de
Über die Landesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS unter:
Tel: 0331-200090
E-Mail: maria.strauss@linkspartei-pds-brandenburg.de



Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Aktuelles Thema der Sitzungswoche zum G8- Wirtschaftsgipfel in Heiligendamm

Antrag der LINKEN: „Menschen statt Profite- Nein zu G8“
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754177467_1605408.pdf

Antrag der Großen Koalition: „Die deutsche G8- und EU-Präsidentschaft - Neue Impulse für die Entwicklungspolitik“
<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604160.pdf>

Kleine Anfrage: Proteste gegen den G 8 Gipfel
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763482739_1605185.pdf

Antwort: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7726098315_1605367.pdf

Kleine Anfrage: Rechtsextreme Proteste gegen G8-Gipfel in Heiligendamm
http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7798149889_1604141.pdf

Antwort: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728850042_1604319.pdf



Pressemitteilungen und weitere Info's zum Thema:

Ulla Jelpke: G8-Innenministertreffen: Koordination der Abschottung
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1282485884>

Ulla Jelpke: „Die Schnüffelei der Bundesanwaltschaft stinkt zum Himmel“
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1200005410>

Wolfgang Gehrke: G8-Gipfel Deutschland – Bundesregierung in der Defensive
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1217471068>

Hüseyin Aydin, Heike Hänsel: Die Plünderung Afrikas geht weiter
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1261268620>

Petra Pau: Perverser Schritt zum präventiven Sicherheitsstaat
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1233131905>

Petra Pau: G8-Gipfel: Ein Armutszeugnis für die Innenpolitik
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1250533763>

Reden:

Gregor Gysi: „G8 spielt sich als Weltregierung auf“
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1384763115>

Heike Hänsel: Protest gegen G8 muss hörbar sein!
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1364321408>

Beitrag:

Ulla Lötzer in der Klar-Ausgabe Nr. 5 „Globalisierung kann gerecht gestaltet werden“
http://www.linksfraktion.de/publikationen_klar_artikel.php?artikel=2067600500

**Wir rufen zur Teilnahme an der Demonstration in Rostock am
2. Juni auf!**

<http://www.gipfelproteste-dielinke.de/gipfelproteste//index.htm>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Aktuelles Thema der Sitzungswoche zur: „Unternehmenssteuerreform“

Von Dr. Dagmar Enkelman

Eine „Steuervermeidungsstrategie“...

nannte der Bundesfinanzminister die jüngst beschlossene Unternehmensteuerreform. Wer nun allerdings hofft, künftig weniger Einkommensteuer zahlen zu müssen, sieht sich schnell getäuscht. Wieder mal geht es – wie schon bei der rot-grünen Reform des Jahres 2000 – vor allem um große Unternehmen und Kapitalgesellschaften. Erneut können diese sich auf Milliarden-Geschenke freuen.

Rentnerinnen und Rentner dagegen müssen sich abspesen lassen mit einem Zuschlag von 0,54 Prozent auf ihre Rente. Welch ein Hohn angesichts steigender Beiträge für die Krankenversicherung und einer aktuellen Inflationsrate von 1,7 Prozent von Anfang Januar bis Ende März 2007.



Und Hartz-IV-Empfänger erhalten als Almosen demnächst 2 (in Worten: zwei) Euro mehr. Sie werden sich dafür sicher dankbar vor dieser Regierung verneigen. Tja, und dann ist auch noch die Telekom, die 50 000 ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem deutlich niedrigeren Einkommen aus dem Unternehmen ausgliedern will. Deutlicher kann die soziale Ungerechtigkeit in diesem Land wahrlich nicht dokumentiert werden.

Während sich nur wenige Sozialdemokraten dieser Politik verweigerten, stimmte die Linksfraktion geschlossen gegen die Unternehmensteuerreform.

Großkonzerne davor zu bewahren, einen gerechten Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten, ist unsre Sache nicht.

Antrag der LINKEN:

„Unternehmen leistungsgerecht besteuern – Einnahmen der öffentlichen Hand stärken“

DIE LINKE. fordert u.a. eine leistungsgerechte Besteuerung von Unternehmen und den Stopp der fortgesetzten Entlastung von Unternehmen.

Drs. 16/5249 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718909404_1605249.pdf

„Einkommenssteuertarif gerecht gestalten – Steuerentlastung für geringe und mittlere Einkommen umsetzen“

DIE LINKE. fordert die Abschaffung des so genannten Mittelstandsbauches im Tarif.

Drs. 16/5277 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707966321_1605277.pdf

Dazu Pressemitteilungen und weitere Beiträge:

Gregor Gysi, Oskar Lafontaine: Gysi und Lafontaine an DGB-Chef Sommer: DIE LINKE. lehnt Unternehmensteuerreform ab

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1273696976>

Oskar Lafontaine: Reform der Unternehmenssteuer: Liebedienerei gegenüber den Unternehmerverbänden

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1332729191>

TIPP:

Broschüre zur Unternehmenssteuerreform 2008 – von Prof. Jarass

„Kosten und Nutzen der Reformvorschläge“

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7752289812.pdf>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de/>

In seiner Funktion als Vorsitzender der Linkspartei.PDS, erklärte Lothar Bisky, auf der Pressekonferenz im Rahmen der Parteivorstandssitzung zum Ausgang der Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 14. Mai 2007- **Die Wahl in Bremen - ein sensationeller Erfolg für DIE LINKE.** http://www.lothar-bisky.de/kat_dokumentarisches_detail.php?v=138

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>

Keine öffentlichen Gelder, keine Rundfunkgebühren für Dopingssport

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1246828728>

Diätenerhöhung: Wasser predigen und Wein trinken

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1200305544>

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>

Krippenstreit: Fehlendes Finanzierungskonzept rächt sich

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1274260918>

Krippenausbau: fauler Kompromiss der Koalition löst keine Probleme

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1280298317>

Was Gutscheine heißt, muss nicht gut funktionieren

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1221998239>

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/

Geplante Privatisierung der Bahn verfassungswidrig

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1282581029>

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de

Saisonarbeit in der Region langfristig sichern

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1212776705>

Reiche sollte Nachsitzen in Sachen Agro-Gentechnik!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1217914259>

Agro-Gentechnik-Moratorium dringend erforderlich

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1287865015>

Redebeiträge der Landesgruppenmitglieder

Diana Golze:

Jugendarbeitsschutz muss sein

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1311669158>

Statt »Herdprämie« besser über Bayerns Tellerrand schauen

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1347279612>

Kirsten Tackmann:

Biologische Vielfalt statt politischer Einfalt

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1325116710>

Schöner Wirtschaften mit Frauen in deutschen Dax-Unternehmen?

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1356733540>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Anträge in der Sitzungswoche DIE LINKE.:

DIE LINKE. beantragte am Mittwoch (23.05.07) eine **Aktuelle Stunde**:

„Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutschen Telekom AG“

Anträge DIE LINKE.:

„**Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz**“ Berlin muss seine Hauptstadtfunktion 100prozentig wahrnehmen können. Das Berlin/Bonn-Gesetz von 1994 hat seine Funktion erfüllt. Das Bekenntnis zu Berlin als Hauptstadt, wie es in der Neufassung des Art. 22 GG (1) enthalten ist, muss durch einen konsequenten Regierungsumzug untersetzt werden.

Drs. 16/3284 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7792205433_1603284.pdf

Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes DIE LINKE. will durch insgesamt 5 Einzeländerungen die Altersgrenze für den Geltungsbereich des Jugendarbeitsschutzgesetzes von derzeit 18 auf 21 Jahre anheben, um so wieder die Mehrheit aller Jugendlichen in Ausbildungsverhältnissen zu erfassen.

Drs. 16/3016 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742764917_1603016.pdf

„**Einführung eines generellen Tempolimits von 130 Stundenkilometern auf Bundesautobahnen**“

Die Gründe für ein generelles Tempolimit leiten sich aus dem Umwelt- und Klimaschutz, der Energieeinsparung, der technologischen Zukunftsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie, der Verkehrssicherheit sowie dem demografischen Wandel ab. Der Autoverkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Drs. 16/5145 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731424890_1605145.pdf

„**Unrecht des Kalten Krieges wiedergutmachen**“ DIE LINKE. will das Wesen des Antikommunismus in der frühen BRD aufzeigen und die politische Rehabilitierung von Kommunistinnen und Kommunisten endlich durchsetzen.

Drs. 16/3934 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754553959_1603934.pdf

„**Bund-Länder-Staatsvertrag – Qualitätsmanagement Lebensmittelqualität**“

Drs. 16/2744 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7755217195_1602744.pdf

„**Zweite Chance nutzen – Das Recht auf Verbraucherinformation grundlegend neu gestalten**“

Für eine Verbesserung der Lebensmittelqualität und des Verbrauchervertrauens müssen die Kontrollen der Länder einem bundesweiten Qualitätsmanagement zugeführt werden, das Schwachstellen analysiert, beseitigt und auch Vertragsstrafen vorsieht.

Drs. 16/4544 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7773890699_1604544.pdf

„**Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen**“

Im Kampf gegen den Klimawandel darf kein weiterer Tag verschenkt werden. Deutschland trägt als weltweit sechstgrößter Klimaverschmutzer eine besondere Verantwortung gegenüber den Opfern des Klimawandels. Die Bundesregierung muss daher zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen ergreifen.

Drs. 16/5129 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799492068_1605129.pdf

„**Kein Börsengang der Ruhrkohle AG – Bei der Zukunft des Steinkohlebergbaus soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen**“

Ein gesellschaftlich verantwortungsbewusster Rückbau der heimischen Steinkohleerzeugung verbietet geradezu den Börsengang. Die LINKE. fordert stattdessen, die Subventionen für den Steinkohlebergbau auch in eine Weiterbildungsoffensive zu stecken, sowie eine gezielte Ansiedlungspolitik zu betreiben.

Drs. 16/3695 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7770722685_1603695.pdf

Große Anfrage:

Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7709233866_1603581.pdf

Antwort der BuReg:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7793511953_1605418.pdf

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere Beiträge der Woche

Von Lothar Bisky

Computerspiele als massenmediales Produkt der Populär- und Alltagskultur

Der
Jugendschützer
warnt:



Im Fokus der gegenwärtigen Kulturkritik stehen Computerspiele – speziell so genannte „Killerspiele“, deren Verbot vom Bayerischen Innenminister Beckstein vehement eingefordert wird. Er erblickt in ihnen eine maßgebliche Ursache für Amok und Gewalt an Schulen. Dabei verkennt er, dass es sich hier längst um eine massenmediale Erscheinung der Populär- und Alltagskultur handelt. Allein die Spiele-Community des von ihm besonders inkriminierten Spiels Counter Strike wird in Deutschland auf 500.000 Spieler und Spielerinnen (Stand: 2003) geschätzt. Die allermeisten von ihnen – zumeist männliche Jugendliche – sind ihrem Selbstbildnis nach keine Militaristen, sondern Teilnehmer eines vernetzten Geschicklichkeits- und Taktikspiels. Unter ihnen gibt es sogar ein gewisses, wenngleich wohl kleines, gegenkulturelles Potential. Das lässt sich anhand von per Tastendruck erstellten und für alle Nutzerinnen und Nutzer sichtbaren Spraylogos auf Böden und Wänden virtueller Kampfgebiete erkennen. Hier gibt es auch Spraylogos gegen Bushs „War on Terrorism“.

Der in der Verbotsdebatte oft behauptete wissenschaftliche Nachweis eines Konnexes von virtuellem Spiel und realer Gewalt ist ein Mythos. Ein näherer Blick auf den wissenschaftlichen Diskurs zeigt, dass dieser vorwiegend von den sich als positive Wissenschaften verstehenden Disziplinen geführt wird. Auffällig ist ein Zurückbleiben von kulturwissenschaftlichen Erklärungsansätzen. Von Experten wird klinischen und empirischen Befunden entgegengehalten, dass zwar der Nachweis von Veränderungen individueller Erregungsniveaus sowie affektiver und kognitiver Prozesse plausibel sei, nicht aber deren damit in Zusammenhang gebrachte Eindeutigkeit in der Interpretation. Umstritten ist insbesondere das Ursache-Wirkungsverhältnis des in korrelativen Studien gefundenen Zusammenhangs zwischen Nutzungsart und -dauer von gewalthaltigen Computerspielen und einer gesteigerten Gewaltbereitschaft von untersuchten Spielern. Wahrscheinlicher als eine ursächliche Wirkung scheint demnach das Vorliegen einer Verstärkung von Prädispositionen zu sein. Von der seriösen positiven Forschung übrigens wird dieser Befund geteilt.

Ganzen Artikel weiter lesen unter: http://www.lothar-bisky.de/kat_artikel_detail.php?v=133

Newsletter

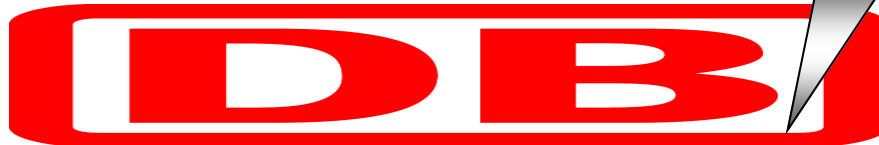
der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere Beiträge der Woche

Von Wolfgang Neskovic

Geplante Privatisierung der Bahn verfassungswidrig

Privatisiert?!



Diese Woche fand in Berlin die Sachverständigenanhörung zu den verfassungsrechtlichen Auswirkungen der geplanten Bahn-Privatisierung statt. Nur ein einziger der fünf geladenen Verfassungsrechtler hält die derzeitigen Bahnpläne der Bundesregierung für vereinbar mit dem Grundgesetz.

Das von Verkehrsminister Tiefensee geplante Privatisierungsmodell ist nämlich mit dem Infrastrukturauftrag des Grundgesetzes, Art. 87e Abs. 4, nicht vereinbar. Danach muss der Bund beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes und im Personenfernverkehr dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen. Das ist eine verfassungsrechtliche Verpflichtung. Der Vorstand eines privaten Bahn-Konzerns aber wäre laut Aktienrecht zur Rendite verpflichtet. Diese sich wechselseitig ausschließenden Interessen kann der Verkehrsminister mit seinem Eigentumssicherungsmodell unmöglich unter einen Hut bekommen.

Hinzu kommt eine abenteuerliche Regelung: Sollte das Netz eines Tages wieder ganz an den Bund zurückfallen, muss er der Bahn einen Wertausgleich zahlen. Das grenzt an eine vorsätzliche Veruntreuung von Steuergeldern: Der Steuerzahler soll, nachdem er mit seinem Geld eine Eisenbahninfrastruktur aufgebaut und unterhalten hat, das von ihm finanzierte Netz zurückkaufen und damit ein zweites Mal bezahlen.

Es kann also nur eine politische Konsequenz geben und die ist verfassungsrechtlich geboten: Die Bahn gehört allen und das muss so bleiben.

Parlamentarische Initiativen DIE LINKE. zur deutschen Bahn

Kleine Anfrage:

Richtwert für Barrierefreiheit bei Bahnhöfen

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7703542870_1601362.pdf

Antwort:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794521743_1601561.pdf

Kleine Anfrage:

Ausbau von Eisenbahnstrecken zwischen Berlin und der Ostseeküste

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707831509_1602481.pdf

Antwort:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7721852391_1602606.pdf